

die Auswirkungen einer Aufnahme der Kandidatenländer für die EU in den Mittelpunkt. *Stephanie Dittmer* beispielsweise unterzieht die *estnische* Ethnopolitik aus diesem Blickwinkel einer kritischen Prüfung. Trotz des immer stärker werdenden internationalen Drucks betreibe Estland eine exklusive Staatsbürgerschaftspolitik, die für die EU zum enormen Problem werden könnte, sobald Estland Mitglied der EU wird. *Anne Sophie Krossas* Beitrag ist ein theoretischer Diskurs über Habermas' Verfassungspatriotismus und die Anwendbarkeit dieses Konstrukts auf Polen. Sie ist der Auffassung, dass eine postnationale Identität im Falle Polens kontraproduktiv für eine erweiterte

EU wirke. Einen eher theoretischen Zugang wählt auch *Birgit Poske*. Sie versucht den Nachweis der Pfadabhängigkeit der Transformation im Vergleich zwischen ost-deutschen und polnischen Grenzregionen zu erbringen. Der Bezug zur EU-Beitrittsdebatte gerät dabei jedoch zu weit aus dem Blick.

Wenn man die Ergebnisse des Bandes zusammenfasst, so ist die Erweiterung sowohl Verheißung als auch Bedrohung. Doch hätte dieses Fazit mehr Überzeugungskraft gehabt, wenn die Auswahl der untersuchten Länder etwas breiter ausgefallen wäre und sich wirklich alle Autoren mit der Sicht der Kandidatenländer befasst hätten.

■ Petr Drulák (ed.)

National and European Identities in EU Enlargement Views from Central and Eastern Europe

Prag: Institute of International Relations 2001, 224 Seiten

Rezensent: Franz Merli

□ Identität ist ein glitschiger Begriff. Die „Identität der Identität“ (Drulák) ist schwer zu fassen – die der europäischen vermutlich noch schwerer als die der nationalen. Das zeigen auch die Beiträge dieses Buches, das aus einer Ende 2000 veranstalteten Tagung des „Toward EU Integration“-Netzwerks der Bertelsmann-Stiftung und der Weltbank hervorging. Zehn Sozial-, meist Politikwissen-

schaftler aus *Tschechien, der Slowakei, Polen, Ungarn, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Rumänien und Bulgarien* präsentieren darin Überlegungen zur nationalen Identität ihres Heimatlandes und zu ihrem Verhältnis zu einer europäischen Identität. Im Mittelpunkt steht der Zeitraum von 1990 bis 2000. Eingerahmt werden die Beiträge von einer Einleitung des Herausgebers, einem

europäischer und nationaler Identität aus EU-Perspektive und dem Versuch einer Zusammenfassung. Ein Literaturverzeichnis beschließt den Band.

Die Landesberichte fallen, wie kaum anders zu vermuten, sehr unterschiedlich aus – manche unbefangen erzählend, andere methodisch reflektierter und eher analytisch, manche auf der Basis von Umfragen, andere als Sammlung von Zitaten. Inhaltlich stehen einmal der Nationalcharakter, ein andermal innenpolitische Auseinandersetzungen mit Selbstbildern in Vergangenheit und Zukunft, gelegentlich die Außenpolitik oder die Verarbeitend der Beziehungen mit der EU und hin und wieder politische Empfehlungen im Vordergrund. Natürlich hat jedes Land seine Besonderheiten: z.B. die Neuerfindung nationaler Identität in der Slowakei nach der Trennung von Tschechien, das hohe moralische Selbstbild der Polen, das traditionelle Gefühl des „Andersseins“ der Ungarn inmitten der übrigen europäischen Völker und die Intensität, mit der sie am Schicksal ihrer „Volksgenossen“ in den Nachbarländern teilnehmen, die nach Ethnien gesplittene Identität in Lettland, die Bedeutung der Volksmusik und des Gesangs in Estland oder die weniger starke Ablehnung des Kommunismus und Russlands in Bulgarien. Liest man die Beiträge hintereinander, fallen aber doch die Gemeinsamkeiten stärker ins Auge: Alle Länder sehen sich als Opfer der Geschichte, bis auf Polen und Rumänien fühlen sie sich mehr oder minder klein, peripher und unbedeutend, auf der Suche nach Stützen für das Selbstbewusstsein in einer oft nicht näher definierten „Kultur“, Lebensart und Geschichte sowie nach einer politischen Bedeutung als „Brücke“ oder „Vermittler“ zwischen West und Ost – doch gleichzeitig um Abgrenzung gegenüber dem jeweiligen „rückständigen Osten“ bemüht.

Auch wenn sich, wie mehrere Autoren darstellen, die Einschätzung der EU von anfänglicher Euphorie über zwischenzeitliche

Enttäuschung zu einer realistischeren und pragmatischeren Einstellung gewandelt haben, scheinen sich alle betroffenen Länder im Beitritts(vorbereitungs)prozess eher als Objekte denn als gestaltende Akteure zu verstehen. Mag zwar unklar bleiben, worin eine „europäische Identität“ des Landes letztlich besteht oder bestehen könnte (meist wird optimistisch von einer Komplementarität von nationaler und europäischer Identität ausgegangen), es wird in den Beiträgen dennoch sehr deutlich, welche Funktionen diese im politischen Diskurs hat: als – manchmal trotzige – Behauptung der Zugehörigkeit, als Ziel und Gegenbild zu allem, dem man entrinnen möchte, als Projektionsfläche für Wünsche und Synonym für Modernisierung (die dar auch die traditionellen ländlich-religiösen Aspekte des Selbstbildes gefährden kann), als außenpolitische Priorität mit parteiübergreifender Kraft und als innenpolitische Trumpfkarte der politischen Mehrheit.

Das alles ist freilich kein Wunder. Nach der Entscheidung zum „zurück nach Europa“ in den Beitrittsländern und nach der grundsätzlichen Einigung der (damaligen) Mitgliedsstaaten auf die Osterweiterung 1993 hat die EU von der Aufstellung der Kopenhagener Beitrittskriterien über die Europaabkommen bis zur „verstärkten Heranführungsstrategie“ die Entwicklung der Kandidatenländer mit „Beitrittspartnerschaften“, mit prioritätsgebundenen finanziellen Hilfsprogrammen und jährlichen Fortschrittsberichten in immer intensivere und historisch fast unvergleichlicher Weise bestimmt. Politik in den Beitrittsländern war bis vor Kurzem – und ist zum Teil immer noch – die schnellere oder langsamere, er gemeinte oder heuchlerische, tiefgehende oder oberflächliche Befolgung von nicht hinterfragbaren EU-Vorgaben im Rahmen von nationalen Programmen für die Übernahme des „acquis“, und dazu das mehr oder minder gelungene Bemühen um die Linderung ihrer negativen Nebenwirkungen. Damit hat die EU, wie auch *Martin Brusi*:

in seinem zusammenfassenden Beitrag hervorhebt, die Definitionsmacht über den europäischen Charakter und in gewisser Art auch über den „Wert“ der betroffenen Länder an sich gezogen. Dass diese Situation keine gute Voraussetzung für die Entwicklung eines gelassenen Selbstbewusstseins bildet, und dass, wie alle Landesberichte zeigen, das wohl stärkste gemeinsame Identitätsmerkmal der Beitrittsstaaten der Wunsch ist, ernstgenommen und als gleichwertiger Partner akzeptiert zu werden, liegt auf der Hand.

Auf der anderen Seite lässt dieser Zusammenhang, wenn er denn stimmt, auch Folgerungen über weitere Entwicklungen zu. Identitätsdiskussionen sind ein Zeichen von Unsicherheit. Mit dem Abschluss des Beitrittsvertrages mit acht der betroffenen Länder hat sich für sie die Lage bereits fundamental geändert, und mit ihrem Beitritt im Mai 2004 wird das noch deutlicher werden, als es etwa bereits im Zuge der Diskussionen über die Haltung zum Irak-Krieg spürbar war. Die lange Zeit

der Demut, in der eine Bemerkung des Erweiterungskommissars oder eine unvollständige Darstellung in einem Fortschrittsbericht eine wochenlange innenpolitische Debatte auslösen konnte, und in der auch die Beitrittsbedingungen trotz aller Rhetorik und einzelner finanzieller Verbesserungen letztlich weitgehend nach dem Willen der EU akzeptiert werden mussten, ist dann trotz aller Übergangsfrieten und Schutzklauseln vorbei, und die neuen Mitgliedsstaaten werden tatsächlich gleichberechtigt mitbestimmen. Ihre Rolle und ihre Alliierten werden sie dabei erst finden müssen, viele ihrer internen Schwierigkeiten werden bleiben, und auch ihr Alltag wird sich weniger dramatisch ändern als manche jetzt vielleicht denken. Aber ihr Selbstbewusstsein, so steht zu vermuten, wird ein anderes sein, und Identitätsfragen werden an Bedeutung verlieren. Ohne klare Identität kann man nämlich gut leben, ohne Anerkennung aber nicht. Auch das ist etwas, was dieser Band deutlich machen könnte – und auch deshalb sei er vor allem Lesern in der alten EU empfohlen.

■ Charles King

The Moldovans: Romania, Russia, and the Politics of Culture

Stanford, California: Hoover Institution Press, Stanford University, 2000, 303 Seiten (= Studies of Nationalities)

Rezensentin: Gertrud Ranner

□ Moldova, Moldau, Moldavija, Moldawien – allein die nebeneinander kursierenden Bezeichnungen der heutigen Republik Moldau umreißen das Spannungsfeld, in dem sich das Gebiet historisch entwickelte. Die heute gültige Eigenbezeichnung Moldova (Moldau) steht der sowjetischen Bezeichnung Moldavija (Moldawien) gegenüber. Die Varianten werden oft nicht korrekt verwendet. Dies zeigt, wie wenig über die seit 1991 unabhängige Republik bekannt ist. – Die Republik Moldau geriet erst in den Brennpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit, als es im Zusammenhang mit separatistischen Bestrebungen im Süden und Osten des Landes zu gewalttätigen Ausschreitungen kam, die sich in Transnistrien zu einem regelrechten Bürgerkrieg ausweiteten. Seit der – in Transnistrien nur relativ zu nennenden – Befriedung der Konflikte ist die Berichterstattung über die Republik aus der Tagespresse fast völlig verschwunden. Wissenschaftliche Studien liegen hauptsächlich zu Einzelfragen vor, z. B. zu ökonomischen Problemen, Minderheitenfragen oder Wahlanalysen. Darstellungen, die einen umfassenderen Einblick in historische und aktuelle politische Entwicklungen gewähren, wurden in den vergangenen Jahren nur wenig publiziert. Bei den in den letzten Jahrzehnten erschienenen Büchern lässt sich zudem eine Verschiebung des Themenschwerpunktes erkennen: Während vor der Unabhängigkeit des Landes besonders der Territorialstreit zwischen Russland bzw. der Sowjetunion und Rumänien im Mittelpunkt stand, beschäftigen sich jüngere Arbeiten hauptsächlich mit der moldauischen Identität und der Frage, warum die auch von westlichen Beobachtern erwartete Union mit Rumänien Anfang der 1990er Jahre scheiterte.

Auch in dem Buch von Charles King, der an der Georgetown Universität in Washington Politologie lehrt, ist dies der thematische Schwerpunkt. Ausgehend von Nationsbildungstheorien, wie derjenigen von Ernest Gellner, stellt King die Frage nach den Erfolgsbedingungen für die Konstruktion nationaler Identitäten. Auf dem Gebiet der heutigen Republik Moldau versuchten die jeweiligen Machthaber mit unterschiedlicher Kulturkampagnen, die Ausbildung einer moldauischen nationalen Identität zu fördern (Russland/Sowjetunion) oder zu verhindern (Rumänien). Ziel beider Seiten war es, ihre Ansprüche auf das Gebiet zu untermauern. Keine konnte sich jedoch vollständig durchsetzen. Letztendlich favorisierte die Mehrheit der Bevölkerung das sogenannte 'Konzept des Volkes in zwei Staaten', d. h. die Bildung eines selbständigen Staates – ohne damit die gemeinsamen historischen und kulturellen Wurzeln mit Rumänien per se abzulehnen. King führt diese Entscheidung darauf zurück, dass nicht die kulturell-historischen Inhalte der Kulturpolitik, sondern die Interessen und Überzeugungen der jeweiligen politischen und kulturellen Eliten für das Ergebnis des moldauischen Nationsbildungsprojektes ausschlaggebend waren.

Wesentliche Schritte der Entwicklung sind für ihn dabei: (i) Die russische Annexion Bessarabiens 1812, da die moldauische Bevölkerung dadurch in einer für die nationale Identitätsbildung bedeutenden Periode von Rumänien getrennt wurde. (ii) Die Gründung der Moldauischen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik 1924 am östlichen Ufer des Dnjestr, da die damit verbundene Moldovanisierungskampagne den Grundstein

SÜDOSTEUROPA Mitteilungen

Herausgeber: Südosteuropa-Gesellschaft e. V.

Redaktion: Dr. Hansjörg Brey (Chefredakteur)
Dr. Claudia Hopf (Redakteurin)
Ursula Breitkopf M. A. (Lektorin)
Claudia Puscher (Lektorin, engl. Texte)

Grafik-Konzept, Satz und Gestaltung:
hoch3 Design Specht, München

Druck: Schoder Druck, Gersthofen

Vertrieb / Bezug: Die **Südosteuropa Mitteilungen** erscheinen zwei-monatlich.
Bezug über die Geschäftsstelle der Südosteuropa-Gesellschaft:
Widenmayerstr. 49
D-80538 München
Tel. 089/212154-0
Fax: 089/2289469
E-Mail: Suedosteuropa-Gesellschaft@t-online.de
oder über den Buchhandel.
Jahresabonnement € 50,-
Einzelheft € 10,- (zzgl. Versandkosten).
Mitglieder der Südosteuropa-Gesellschaft erhalten die Zeitschrift
kostenlos.

Urheberrechte: Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge, Texte und
Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Ihre Verwertung
außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist unzulässig und
strafbar.

Beiträge an die Redaktion sind über die Geschäftsstelle der Südosteuropa-Gesellschaft einzureichen.
Für unverlangte Einsendungen keine Gewähr.
Die in den *Südosteuropa Mitteilungen* veröffentlichten Beiträge geben die Meinung ihrer Verfasser
und nicht in jedem Fall die des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

